

# Sicherheit für alle. Überall.

Dank der Arbeit von Polizei und Sicherheitsbehörden ist Deutschland eines der sichersten Länder der Welt. Dennoch machen die schlimmen Übergriffe der letzten Wochen deutlich: Es gibt eine wachsende Bedrohung durch gewaltbereite Jugendliche. Rund 43 Prozent der Gewaltdelikte in Deutschland werden von unter 21-Jährigen verübt; fast die Hälfte der Täter ist nichtdeutscher Herkunft. Die CDU hat mehrfach auf diese zunehmende Jugendkriminalität hingewiesen und die SPD zum Handeln aufgefordert – leider bisher erfolglos.

Mit ihrer „Wiesbadener Erklärung“ spricht sich die CDU Deutschlands für das 3-Säulen-Programm „Vorbeugen – Hinsehen – Eingreifen“ aus. Dabei gilt: Sowohl den Schutz der Bevölkerung als auch der richtige Umgang mit Opfern und Tätern sind zu gewährleisten.

## Säule 1: Vorbeugen

- Wir erwarten von unseren ausländischen Mitbürgern die Akzeptanz unserer Werte und das Erlernen der deutschen Sprache. Nur so können Parallelgesellschaften verhindert werden.
- Integrationsanstrengungen wie die Islamkonferenz und der Integrationsgipfel sind unerlässlich. Unser Motto: Miteinander statt übereinander sprechen.

## Säule 2: Hinsehen

- Wir setzen auf die Zivilcourage und das Engagement der Bevölkerung. Eine „Kultur des Hinsehens“ stärkt den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft und kann Gewalt eindämmen.
- Wir treten für ein konsequentes Einsetzen von Videoüberwachungsanlagen ein. Damit stärken wir das Sicherheitsgefühl und erleichtern die Aufklärung von Straftaten.

## Säule 3: Eingreifen

- Jugendliche Straftäter müssen frühzeitig die Konsequenzen ihres kriminellen Handelns spüren. Neben einer zur Bewährung ausgesetzten Jugendstrafe soll es möglich sein, einen „Warnschussarrest“ anzuordnen.
- Die Anwendung des Erwachsenenstrafrechts muss für jugendliche Straftäter ab 18 Jahren zum Regelfall werden.
- Ausländer müssen bei einer Gefängnisstrafe von mindestens einem Jahr ohne Bewährung zwingend ausgewiesen werden können.

**Für die CDU ist klar: Es darf keine rechtsfreien Räume in Deutschland geben. Der Staat hat die Pflicht die Freiheit der Bürger zu schützen, dazu muss er entschlossen mit jungen Straftätern umgehen. Wir erwarten, dass die SPD nicht länger wegschaut und fordern sie unverzüglich zu ernsthaften Gesprächen über die CDU-Gesetzentwürfe gegen Jugendkriminalität, die seit vielen Monaten vorliegen, auf.**

Die Mitte.

**CDU**